Vifa del Mar, den 18.4.50

Casilla 566

141

ab. 2/4

Luffzopf mit gpf.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Sie werden wohl inzwischen meine Briefe v.17.2. u.28.3. erhalten haben.

Auf Ihr Schreiben v.4.4.eingegangen am 11.4.erwidere ich folgend: Wie ich in meinem Informationsschreiben v.24.12.mitgeteilt habe, u.so lautet auch die Ihnen erteilte Vollmacht,sind Sie nur befasst mit den Grundstücken Osnabrückerstr.4 und Mindenerstr, die beide Herrn Hermann Hecht, dem Vater von Fr.Kychenthal u. Großvater von Ernst Neustädter, allein gehört haben und mit dem Nachlass Salomon Hecht nichts zu tun haben, sodass ein gemeinsames Vorgehen mit dem Vertreter des Herrn Meyer doch garnicht in Frage kommt.Selbstverständlich ist sein Name kein Geheimnis. Es ist Rechtsanwalt Dr.Franz Engel in Düsseldorf.Ich habe Herrn Meyer gebeten,Herrn Engel zu veranlassen,wenn er einen Vertreter in Bielefeld benötigt,Ihnen Untervollmacht zu erteilen. Wie der Schriftsatz des Finanzamts ergibt,ist Treuhänder für Osnabrückerstr.4 Rudolf Langbein in Lübbecke,Niedertorstr.29,der wie ebenfalls der Schriftsatz ergibt,bisher noch keine Mieten vom Lande Nordrhein-Westfalen eingezogen hat.Ich bitte,ihn darauf aufmerksam zu machen u.ihm aufzugeben das Versäumte nachzuholen u.monatlich eine Miete von 120 RM ab 1.Juli 45 nachzufordern,der in Anbetracht,dass es sich um ein 2stöckiges großes Gebäudeäußerst mäßig ist.Bevor Sie aber die Höhe des Mietpreises nennen,bitte ich erst festzustellen,ob der Betrag nicht zu gering ist.Fr.Kychenthal ist an der Erledigung dieser Frage sehr interessiert und ich Bitte Sie dieser Frage Ihr Hauptaugenmerk entgegenzubringen.

handelt

Auf den Schriftsatz des Finanzamtes bitte ich folgendes zu erwidern:

Die Ansicht des Finanzamts auf Seite 2,dass als Wiedergutmachungsverpflichteter im Rubrum das Deutsche Reich,vertreten durch den Oberfinanzpräsidenten aufzuführen sei,ist unrichtig.Das Deutsche Reich hat keinen Finanzoberpräsidenten,wie überhaupt keine Organe,kann sich daher überhaupt nicht verpflichten und ist daher garnicht prozeßfähig gemäß § 51 ZPO.Richtig ist die unter III des Schriftsatzes aufgestellte Behauptung,dass das Land nicht Rechtsnachfolger des Reiches sei.Nachfolger ist die Westdeutsche Bundesrepublik,wie der Bundesminister des Innern anlässlich der Einführung des Reichsadlers der Weimarer Republik als Wappen der Bundesrepublik ausdrücklich betonte.Er sagte wörtlich:Die Bundesrepublik setzt die Kontinuität des e i n s t i g e n Deutschen Reiches fort.Das Rubrum muss daher lauten: gegen die Westdeutsche Bundesrepublik als Nachfolger des Deutschen Reiches,vertreten durch das Land Nord-Rhein-Westfalen und dieses wiederum vertrten durch seinen Finanzminister.

Art.53 Abs.1 S.2 Ges.Nr.59.

Eine ~~widerr~~rechtliche Entziehung liegt vor.Der damalige Bürgermeister von Lübbecke,Meyring ein strammer Pg.hat fortlaufend Herrn Hecht gedrängt,das Haus an die Partei zu verkaufen,um dann selbst drinnen wohnen zu können.Es ist einleuchtend,dass sich

110

Herr Hecht nicht gerade die Partei zum Käufer ausgesucht hätte. Er wollte aber auch garnicht verkaufen, er wohnte jahrelang in diesem Hause u. hatte gar keine Veranlassung das Haus zu verkaufen und hat es nur nicht gewagt, sich den Wünschen des Bürgermeisters zu widersetzen. Die Voraussetzungen des Art. 2 Nr. 1(c) Ges. Nr. 59 sind danach gegeben, da auch der Verkauf in die Zeit des Naziregims fällt u. Herr Hecht zu den wegen ihrer Rasse Verfolgten gehörte.

Die Ausführungen zu III des Schrifts., Überschrift: Bewegliches Vermögen sind unverständlich u. bitte ich eine nähere Erklärung darüber herbeizuführen, ehe Stellung dazu genommen wird.

Hochachtungsvoll

Dr. Frenkel

Nachtrag: Eben geht ein Schreiben von Epe ein mit 2 Verträgen, wie ich es in meinem Schreiben v. 28. 3. bereits mitgeteilt habe. Diese Verträge ergeben im Gegensatz zu unserer bisherigen Annahme, dass die Mindenerstrasse nicht Alleineigentum von Hermann Hecht war sondern im Miteigentum von Clara Hecht geb. Meyerstein, der Witwe von Salomon Hecht, gestanden hat, sodass auch die Erben ~~der~~ letzteren daran beteiligt sind. Fr. Kychenthal u. Herr Neustädter können daher allein keine Erklärungen zu den Vergleichsvorschlägen des Epe abgeben.

Frau Kychenthal hat die Rheinruhrbank in Bünde als Nachfolgerin der Dresdner Bk. gebeten, ihr Depot- u. Kontoauszüge zu übersenden. Die Bank hat mitgeteilt, dass die Kontokarten infolge der Kriegsereignisse abhanden gekommen seien u. hat nur einen Depotauszug übersandt. Fr. Kychenthal hat den Verlust der Kontokarten wegen der Kriegsereignisse in Zweifel gestellt, weil doch Lübbecke von dem Kriege völlig verschont geblieben ist und um Nachprüfung gebeten, worauf keine Antwort eingegangen ist. Die Rhein-Ruhr Bank teilte mit, dass der Vater v. Fr. Kychenth. auch bei der Deutschen Bank in Lübbecke, jetzt Rheinisch-Westfälische Bank in Herford Konto unterhalten habe u. dass sie diese Bank ersucht habe, Fr. Ky. Auskunft zu erteilen. Eine Mitteilung hat Fr. Ky. nicht erhalten u. eine Erinnerung ist bisher auch ohne Antwort geblieben. Ich bitte Sie, diese Bank zur Erklärung aufzufordern u. ev. mit Klage zu drohen. Wir brauchen diese Angaben wegen der Höhe der von Herrn Hermann Hecht gezahlten Judenvermögensabgabe. ~~BEVÖRZUGT~~
~~ALLES BANKKONTAKT~~, fragen Sie doch ^{am liebsten} beim Finanzamt in Lübbecke nach, was Herr Hecht gezahlt hat. Collegialiter